

Bayerisches Transportgewerbe:**LBT-Spitze bei Ministerpräsident Seehofer**

LBT.München - Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat sich mit dem Präsidenten des Landesverbandes Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen Hans Wormser und dem Hauptgeschäftsführer Sebastian Lechner über die Zukunftsperspektiven des bayerischen und deutschen Transportgewerbes ausgetauscht. Die rund 4.000 Betriebe des Transportgewerbes in Bayern sind derzeit nicht nur von stark rückläufigen Umsätzen aufgrund der allgemeinen Wirtschaftskrise getroffen. Durch die massive Erhöhung der LKW-Maut zum 1. Januar 2009 sind auch die Kosten der Unternehmer erheblich gestiegen. Seehofer: „Gerade die vielen kleinen Speditionsunternehmen und Familienbetriebe leiden massiv unter dieser Doppelbelastung. Bayern hat sich von Anfang an gegen die Mauterhöhung gewandt. In der gegenwärtigen höchst kritischen Situation kann es aber bei der Mauterhöhung nicht bleiben.“ Seehofer kündigte an, er werde sich gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen die LKW-Maut für die nächsten zwei Jahre auf die in Deutschland ursprünglich angepeilte Höhe von 15 Cent/Km abzusenken. Seehofer: „Hier muss jetzt sehr rasch gehandelt werden. Die deutsche Politik hat es selbst in der Hand eine Branche ohne die die deutsche Wirtschaft nicht funktioniert, wirksam zu unterstützen.“

Seehofer betonte, er werde sich auch gegenüber der EU-Kommission noch einmal dafür einsetzen im Rechtsstreit mit Österreich wegen des sektoralen Fahrverbots auf der Inntal-Autobahn der im Dezember 2008 erhobenen Klage nun auch eine einstweilige Anordnung verfolgen zu lassen. Seehofer: „Das sektorale Fahrverbot auf der Inntal-Autobahn beeinträchtigt den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr in unverträglicher Weise. Diese Maßnahme ist nicht nur unverhältnismäßig. Sie ist auch für zahlreiche deutsche und vor allem bayerische Unternehmen äußerst belastend und zum Teil existenzbedrohend. Deswegen reicht das von der Kommission eingeleitete Klageverfahren nicht aus. Die Kommission muss mit einem Antrag auf einstweilige Anordnung verhindern, dass sich die Verhältnisse auf der Inntal-Autobahn zu Lasten des bayerischen und deutschen Transportgewerbes in nicht hinnehmbarer Weise verfestigen.“

Abschließend vereinbarten Ministerpräsident Seehofer und die LBT-Vertreter, künftig in einem engen und vertrauensvollen Dialog zu verbleiben.

**PRESSE-
INFORMATION**

München, 12.06.2009